

Wie Hacha zu Kreuze kroch

Drohung Görings: „Innerhalb zwei Stunden wird Prag in Asche liegen“

Der Nürnberger Prozeß

Nürnberg, 5. Dezember (SNB)

Die heutige Vormittagssitzung beendet die Darlegung des Ueberfalls und der Liquidierung der Tschechoslowakei. Der amerikanische Ankläger Alderman führt eine ins Detail gehende Untersuchung der Erpressungsmethoden vor, mit denen die Tschechoslowakei schließlich am 15. März 1939 zum Erliegen gebracht wurde. Hier wie überall dasselbe System. Einbau der fünften Kolonne, freundschaftliche Zusagen und unrlätliches Ultimatum.

Nachdem das Sudetenland dem Reich einverleibt war, benutzten die Nazis die Slowakei als hauptsächlichstes inneres Trennmittel gegen das was sie die „Rumpf-Tschechoslowakei“ nannten. Daneben hörten sie aber nicht auf, mit den „deutschen Verfolgungen“ zu operieren.

Am 10. März 1939 trat die slowakische Krise ein. Die slowakischen Minister waren von Prag entlassen worden, weil eine Verständigung mit ihnen nicht erzielt werden konnte. Am folgenden Tage erlebte man das merkwürdige Schauspiel in Preßburg, daß Herr Sidor, einer der slowakischen Minister, mit einem Gefolge mehrerer deutscher Nazis eintraf. Unter ihnen befanden sich Dürfel, Seyß-Inquart und fünf Generale der Wehrmacht. Die Herren forderten die sofortige Unabhängigkeitserklärung der Slowakei. Als Herr Sidor zögerte, nahm ihn Dürfel beiseite und erklärte ihm, daß Hitler entschieden habe, die tschechoslowakische „Frage“ endgültig zu lösen. Nichtsdestoweniger behielt sich Herr Sidor vor, diese Frage erst mit der Regierung in Prag zu behandeln.

Indessen waren die aktivsten Mitglieder der slowakischen Faschistenpartei bereit, mit Hilfe der Naziregierung in Berlin plannmäßig die Unruhen im Lande anzuzetteln zu lassen. Ihre Führer benutzten das Radio von Wien. Waffen wurden über die Grenze gebracht und Krawalle provoziert. Gleichzeitig mit dieser Kampagne, die selbstverständlich von verschiedenen „Pressekomentaren“ begleitet war, erfolgte eine Einladung an Tiso, sich sofort nach Berlin zu begeben.

Aus einem Brief von Horthy an Hitler, datiert vom 13. März 1939, geht hervor, daß die Nazis den Horthy-Faschisten bereits terri-

riale Versprechungen auf Kosten der Slowakei gegeben hatten. In diesem Brief schreibt der Admiral ohne Platte: „Am Donnerstag, dem 10. d. Mts., wird ein Grenzschwerfall stattfinden, der von einem schweren Stoß am Sonntag gefolgt sein wird“, und er endet den Brief: „Ich werde niemals diesen Freundschaftsbeweis vergessen“. Alle Maßnahmen sind bis ins kleinste durchgedacht.

Am selben Tag gibt Ribbentrop seinem Botschafter in Prag eine im Code gegebene Instruktion, worin er ihn anweist, es so einzurichten, daß er oder andere Mitglieder der Botschaft nicht erreichbar sind, „wenn die tschechische Regierung während der nächsten Tage sich mit ihnen in Verbindung zu setzen wünscht“. Dann folgt die Konferenz in Berlin mit Tiso. Auch hierüber liegt ein Protokoll vor.

Anwesend sind außer Hitler, Keitel und Ribbentrop und mehreren Staatssekretären von slowakischer Seite Tiso und Duzrany. Den Slowaken wird eröffnet, daß Hitler ihnen erlaubt habe, zu kommen, um endlich die Frage der Slowakei zu klären. Deutschland hätte zwar keine Interessen östlich der Karpathen, und es ginge die Deutschen nichts an, was mit der Slowakei geschehe. Die Frage sei nur, ob die Slowakei ihre Geschäfte allein zu führen wünsche oder nicht. Eine Entscheidung darüber sei nicht eine Frage von Tagen, sondern von Stunden.

Wenn die Slowakei sich selbständig zu machen wünsche, so werde er, Hitler, diese Selbständigkeit garantieren. Wenn jedoch die Slowakei ihre Verbundenheit zu Prag nicht zu lösen instande wäre, dann würde Deutschland die Slowakei ihrem Schicksal überlassen.

Was durch Zufall liegt in diesem Zeitpunkt des Gesprächs eine Botschaft über ungarische Truppenbewegungen an der slowakischen Grenze ein. In dem Protokoll heißt es:

„Der Führer gab den Bericht, erwähnte ihn zu Tiso und drückte seine Hoffnung aus, daß die Slowakei sich klar für sich selbst entscheiden würde.“

Am nächsten Tage erfolgte die „Unabhängigkeitserklärung“ der Slowakei.

Am Abend dieses 14. März waren der Präsi-

dent der Tschechoslowakei und sein Außenminister, Hacha und Chwarkowski, bereits in Berlin. Hitler hatte Elle, den Fall „Grün“ endlich zu liquidieren. Unruhen waren angeblich in der Tschechoslowakei ausgebrochen, Gewalttätigkeiten gegen Slowaken wären erfolgt, und Deutsche wären belästigt worden. Um die Mitternachtstunde zum 15. März 1939 waren Hacha und Chwarkowski in der Reichskanzlei, und ihnen gegenüber saßen Hitler, Göring, Ribbentrop, Keitel und eine Reihe von Staatssekretären. Selbst das deutsche Protokoll dieser Zusammenkunft drückt noch die Beweglichkeit und die dramatische Spannung dieser Stunde aus, in welcher durch ein Stück internationalen Banditentums das tapfere kleine Volk der Tschechoslowakei in das deutsche Joch diktiert wurde. Der Präsident Hacha grüßte den „Führer“ und drückte seine Dankbarkeit aus, von diesem empfangen zu werden. Er sagte, daß er überzeugt sei, daß das Schick-

sal der Tschechoslowakei durch Deutschland unmöglich zu machen, und mit Rücksicht auf die Tatsache, daß die IG-Farbenindustrie AG sich wissentlich und in hervorragendem Maße mit dem Ausbau und der Erhaltung des deutschen Kriegspotentials befaßt hat, greift der Kontrollrat das folgende Gestis:

Beschlagnahme des Vermögens der IG-Farben

Alliierte Kontrollbehörde — Kontrollrat

Um jede künftige Bedrohung seiner Nachbarn oder der Weltfriedens durch Deutschland unmöglich zu machen, und mit Rücksicht auf die Tatsache, daß die IG-Farbenindustrie AG sich wissentlich und in hervorragendem Maße mit dem Ausbau und der Erhaltung des deutschen Kriegspotentials befaßt hat, greift der Kontrollrat das folgende Gestis:

Artikel I

Die gesamten in Deutschland gelegenen industriellen Anlagen, Vermögen und Vermögensbestandteile jeglicher Art, die am 8. Mai 1945 oder nach diesem Zeitpunkt im Eigentum oder unter der Kontrolle der IG-Farbenindustrie AG standen, sind hiermit beschlagnahmt, und die diesbezüglichen Rechte gehen auf den Kontrollrat über.

Artikel II

Zwecks Kontrolle der beschlagnahmten industriellen Anlagen, Vermögen und Vermögensbestandteile, die ehemals der IG-Farbenindustrie AG gehörten, wird ein Ausschuß gebildet; dieser besteht aus vier Kontrollbeamten, die jeweils von ihren Zonenbefehlshabern ernannt werden. Grundsätzliche Richtlinien, auf die sich der Ausschuß namens des Kontrollrates geeinigt hat, werden in jeder Zone von dem Befehlshaber durch seine Kontrollbeamten durchgeführt.

Artikel III

In bezug auf die industriellen Anlagen, Vermögen, Vermögensbestandteile und den Betrieb

des Nazis vorgeschriebenen Text — erklärt wird, daß der Präsident des tschechoslowakischen Staates das Land mit allergrößten Vertrauen den Händen des „Führers“ des Deutschen Reiches anvertraue.

Indessen hatten die ersten Einheiten die Grenze bereits überschritten. Die Städte Mährisch-Osttau und Wutkowitz waren bereits am 14. von SS besetzt. Am nächsten Morgen begann der deutsche Einmarsch, mit dem die Tschechoslowakei als „Protektorat“ Böhmen-Mähren unter Bruch des Artikels 81 des Versailler Vertrages in das Deutsche Reich einverleibt wurde.

„Protektorat“ wurde der Angeklagte Neurath. Die faschistischen Slowaken, die in diese Intrige mit dem Versprechen hineingezogen worden waren, ein selbständiger Staat zu werden, wurden zwar „selbständig“, jedoch unter dem „Schutz“ Deutschlands; die Slowakei wurde einfach wie ein deutsches Besitztum behandelt, die Entwertung der faschistischen Hlinka-Garden angeordnet, Garnisonsplätze von deutschen Wehrmachtsteilen besetzt, die wirtschaftliche Ausbeutung des Landes in Angriff genommen, deart, daß ein merkbarer Unterschied gegenüber Böhmen-Mähren nicht festzustellen war.

Jetzt endlich hatten die Nazis ihr Projekt vom Frühjahr 1937 verwirklicht. Der Fall „Grün“ war liquidiert, das Industriepotential des Reiches, seine Ernährungsbasis waren gewachsen. Er hatte kürzere Fronten und günstigere Ausgangspositionen für die neuen Angriffskriege. Mit der Besetzung der slowakischen Garnisonen war auch die Südgrenze Polens bedroht.

Es liegt ein interessantes Protokoll eines bei Göring stattgefundenen Konferenz vom 27. Juni 1939 vor, in welchem erklärt wird,

- a) Feststellung, welche von den industriellen Anlagen, Vermögen und Vermögensbestandteilen für Reparationen geeignet sind.
- b) Zerstörung derjenigen industriellen Anlagen, die ausschließlich für Zwecke der Kriegsführung benutzt wurden.
- c) Entziehung der Eigentumsrechte an den verbleibenden industriellen Anlagen und Vermögensbestandteilen.
- d) Liquidierung aller Kartellbezeichnungen.
- e) Kontrolle aller Forschungsarbeiten.
- f) Kontrolle der Produktionsfähigkeit.

Mit industriellen Anlagen, die nach dem Bericht des Ausschusses entweder für Reparationen oder für Zerstörung zur Verfügung stehen, wird in üblicher Weise verfahren.

Artikel IV

Alle Handlungen und Maßnahmen, die bisher von den Zonen-Befehlshabern und ihren Kontrollbeamten in Zusammenhang mit der Beschlagnahme, Verwaltung, Leitung und Kontrolle der IG-Farbenindustrie AG in ihren Zonen durchgeführt wurden, sind hiermit genehmigt, gebilligt und bestätigt.

Ausgefertigt in Berlin, den 30. November 1945. G. Shukow (Marschall der Sowjetunion), Joseph T. MacNarney (General), B. L. Montgomery (Feldmarschall), P. König (Armeekorpsgeneral).

Erste Volksspeisung in Halle

Es war gewiss ein schöner Zufall, daß gestern am Nikolaustag im Restaurant „St. Nikolaus“ die erste Volksspeisung in Halle stattfand. Der große Saal, dessen Tische weiß gedeckt und mit frischem Tannengrün geschmückt waren, sah um die Mittagstunde eine erwartungsvolle Schar von Menschen, die um so ungeduldiger auf 12 Uhr warteten, weil bereits ein lieblicher Duft — es gab zur Eröffnung Wirsingkohl — das ganze Haus durchzog.

Punkt 12 Uhr begrüßte der Leiter des Hilfswerkes, Bickel, den zur Eröffnung der Volksspeisung erschienenen Oberbürgermeister und übergab ihm die Schöpfkelle. Oberbürgermeister Mertens dankte besonders dem Antifa-Frauenausschuß für seine unermüdliche

und hilfsbereite Tätigkeit und hob die Tatsache hervor, daß die Anregung zur Schaffung einer Volksspeisung in Halle und sämtliche vorbereitenden Maßnahmen hierzu von den Frauen des Antifa-Frauenausschusses geleistet worden seien. Mit der Hoffnung, daß die Volksspeisung in Halle in Zukunft recht viele Bedürftige mit einem warmen Essen versorgen möge, eröffnete er die erste Speisung.

Der Antifa-Frauenausschuß plant, demnächst im Süden und Norden zwei weitere Volksküchen einzurichten und richtet schon jetzt den Appell an alle hallischen Frauen, sich zur Mithilfe in der sozialen Betreuungsarbeit zur Verfügung zu stellen.



Oberbürgermeister Mertens spricht

Aufnahme: Foto-Gruppe

daß der Feldmarschall ausdrückte, die Einverleibung Böhmens und Mährens wäre unter anderem darum erfolgt, um das tschechische Kräftepotential auszunutzen. Die Slowakei bietet eine Menge Luftstützpunkte für eine Aktion gegen den Osten.

In den Anmerkungen zu einer Konferenz vom 15. April 1939, werden diese Gesichtspunkte noch einmal herausgehoben und schliessen auf die Weisung der Außenpolitik bezogen. So heißt es dort: „In Zukunft hat Deutschland nicht nötig, im Falle eines größeren Konfliktes eine Division in Böhmen zu unterhalten: Das stellt einen Vorteil dar, von dem die Achsenmächte profitieren können.“ Weiter heißt es, daß im Falle einer Aktion gegen Polen, „Deutschland dieses Land von zwei Flanken aus angreifen könnte.“

69 internationale Verträge gebrochen

Nürnberg, 5. Dezember (SNB). Nach der gestrigen Rede des britischen Hauptanklägers, die ein mutiger Vorstoß in das Feld des Völkerrechts war und die eine ins einzelne gehende Untersuchung der Verletzung der rein rechtlichen Grundsätze der Beziehungen zwischen Deutschland und den von Deutschland später angegriffenen Ländern einleitete, ergriff als erster zu diesem Thema Sir David Maxwell Fyfe das Wort. Er behandelte 15 von den insgesamt 69 von Deutschland gebrochenen internationalen Verträgen. Besonders pikant ist hiermit, daß alle diese internationalen Vereinbarungen im deutschen Rechtsgesetzblatt erschienen sind und somit Gesetzeskraft im Sinne des deutschen Rechts erhielten.

Das vorliegende Dokumentenmaterial ist von ungeheurer Umfang und stellt im wesentlichen die Kopien aller dieser Verträge sowie die sie begleitenden Reden und Korrespondenzen dar. Der Ankläger erinnert daran, daß Hitler seinerzeit im Jahre 1933 bereits erklärt hat: „Was wir unterzeichnen, das werden wir nach bestem Können halten.“ In seiner Reichstagsrede vom 21. Mai 1935 erklärte er, daß er mit größter Sorgfalt auch alle Verträge halten würde, die von seinen Vorgängern freiwillig unterzeichnet wurden.

Sir David befaßt sich besonders mit den Verträgen, die Deutschland seit dem Kriege 1914-18 bis 1939 geschlossen hat. Er weist darauf hin, daß außer dem Versailler Vertrag Deutschland alle anderen Verträge freiwillig unterzeichnet, und ohne unter dem geringsten Druck zu stehen, geschlossen hat. Der Ankläger erinnerte uns auch daran, daß 1925 ein Schiedsgerichtsabkommen in Locarno zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei geschlossen wurde, unterzeichnet von Stresemann und Dr. Benesch. Wie anders klingt dann der Text des Abkommens zwischen Hitler und dem Präsidenten des tschechoslowakischen Staates, Dr. Hacha, im Jahre 1939, das ebenfalls als Urkunde dem Gericht übergeben wurde. Es heißt darin am Schluß:

Der Präsident des tschechoslowakischen Staates erklärt, in Ruhe und Frieden dadurch eine endgültige Befriedigung des Landes zu schaffen, daß er vertrauensvoll das Schicksal des tschechischen Volkes und seines Landes in die Hände des Führers des Deutschen Reiches legt.

Der Anklagevertreter Sir Maxwell Fyfe warnt nun den Teil 5 des Versailler Vertrages. Dieser beschäftigt sich mit den Militär-, Marine- und Luftklauseln. Es werden daraus einige Dokumente vorgelesen, die die ersten Verträge unter dem Naziregime zeigen. Er kommt dann auf den Völkervertrag zwischen Deutschland am 10. September 1929 betraut und in dem es sowohl in der Vollversammlung als auch im Rat ständig vertreten war. Die Wieder-

Alles war logisch und mit kaltem Zynismus vorbereitet worden. Wir erinnern uns an Hitler's Rede vom Mai 1938.

Die Zeit die hinter uns liegt ist gut ausgenutzt worden.

Mit dem 17. März 1939 begann eine der traurigsten Epochen in der Geschichte des tschechoslowakischen Volkes.

Hiermit endet die heutige Vormittagssitzung.

Der heutigen Sitzung wohnten einige sehr prominente Gäste bei, unter anderem Sir William Strang, polnischer Botschafter des Oberbrennens der britischen Zone, Herr S. Silberman und Herr A. Eastman, als Vertreter des Weltjugendkongresses, sowie einige hohe englische Persönlichkeiten.

besetzung des Rheinlandes war der erste Vorstoß gegen den Völkervertrag.

Nach der gestrigen Rede des britischen Hauptanklägers, die ein mutiger Vorstoß in das Feld des Völkerrechts war und die eine ins einzelne gehende Untersuchung der Verletzung der rein rechtlichen Grundsätze der Beziehungen zwischen Deutschland und den von Deutschland später angegriffenen Ländern einleitete, ergriff als erster zu diesem Thema Sir David Maxwell Fyfe das Wort. Er behandelte 15 von den insgesamt 69 von Deutschland gebrochenen internationalen Verträgen. Besonders pikant ist hiermit, daß alle diese internationalen Vereinbarungen im deutschen Rechtsgesetzblatt erschienen sind und somit Gesetzeskraft im Sinne des deutschen Rechts erhielten.

Das vorliegende Dokumentenmaterial ist von ungeheurer Umfang und stellt im wesentlichen die Kopien aller dieser Verträge sowie die sie begleitenden Reden und Korrespondenzen dar. Der Ankläger erinnert daran, daß Hitler seinerzeit im Jahre 1933 bereits erklärt hat: „Was wir unterzeichnen, das werden wir nach bestem Können halten.“ In seiner Reichstagsrede vom 21. Mai 1935 erklärte er, daß er mit größter Sorgfalt auch alle Verträge halten würde, die von seinen Vorgängern freiwillig unterzeichnet wurden.

Sir David befaßt sich besonders mit den Verträgen, die Deutschland seit dem Kriege 1914-18 bis 1939 geschlossen hat. Er weist darauf hin, daß außer dem Versailler Vertrag Deutschland alle anderen Verträge freiwillig unterzeichnet, und ohne unter dem geringsten Druck zu stehen, geschlossen hat. Der Ankläger erinnerte uns auch daran, daß 1925 ein Schiedsgerichtsabkommen in Locarno zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei geschlossen wurde, unterzeichnet von Stresemann und Dr. Benesch. Wie anders klingt dann der Text des Abkommens zwischen Hitler und dem Präsidenten des tschechoslowakischen Staates, Dr. Hacha, im Jahre 1939, das ebenfalls als Urkunde dem Gericht übergeben wurde. Es heißt darin am Schluß:

Der erste Parteitag der SPD Berlin

Über die erste Tagung der Berliner Parteio-rganisation bringt die „Volksstimme“, Dresden, den folgenden Eigenbericht:

Unter Beteiligung von 423 Delegierten und in Anwesenheit von Vertretern der antifaschistischen Parteien sowie einer großen Anzahl von Ehrenmitgliedern, unter denen sich u. a. auch eine Reihe verdienter Arbeiterkämpfer und Parteiveteranen, wie Paul Löbe, Alwin Brandes, Rudolf W. Bräuer, Walter N. Metz, Elfriede R. v. W. Hildegard Wegscheider befanden, hielt der Bezirksverband Berlin der Partei kürzlich seinen ersten Parteitag ab. Die im Berliner „Prater“ vom Gen. Harnisch eröffnete und geleitete Veranstaltung, die der Gen. Max Fuchs in die Auftrage des Zentralkomitees bezüglich der Beschränkung der Parteimitgliedschaft, ihre Bedeutung liegt zugleich im Zuge des erfolgreichen Neubaus des Bezirksverbandes und in den gegebenen Anregungen für die politische Willensbildung des gesamten Volkes.

Der vom Gen. L. überragte Geschäftsbericht veranschaulichte eindrucksvoll die bisher geleistete Arbeit. Er zeigte, wie nach dem totalen Zusammenbruch Hitlerdeutschlands begonnen wurde und die sich im planvollen Einsatz den vielen sich aus diesem Zusammenbruch ergebenden nothelfenden Fragen, wie z. B. Kampf gegen die Reste des Nazismus, Zusammenarbeiten mit der KPD, Probleme der Frauen- und Jugendarbeit, der Boden- und Industriereform widmete. Bereits am 17. Juni fand in dem damals vor allem noch verkehrsmäßig völlig unerschlossenen Berlin die erste Zusammenkunft von 1500 alten Funktionären statt, deren Kampfziel das Fundament für den Wiederaufbau des Berliner Parteikörpers bildete. Heute kann der Bezirksverband Berlin, deren gruppenmäßige Organisation etwa der 600 Dörfgemeinden entsprechen dürfte, bereits einen Mitgliederbestand von etwa 60.000 Genossen und Genossinnen verzeichnen.

Im Mittelpunkt des Parteitages standen die beiden großangelegten Referate „Das Chrenschicht des Berliner Parteiganges „Das Volk“

Genossen Otto Meier, und des Kommunalpolitischen Sekretärs des Zentralkomitees: Genossen Dr. Ostrowski. Die mit politisch-rechtlichen vorgelegten Ausführungen des Genossen Meier, bewegten sich im Wesentlichen um den von der Geschichte gegebenen Auftrag der deutschen Arbeiterbewegung, die die Partei mit den gegenüber der Zeit vor 1933 andersgearteten Aufgaben, die die Gegenwart stellt, zu vollziehen hat. Genosse Meier hat die Aufgaben, die in den Einleitungen, den Bestrebungen der beiden Arbeiterparteien und in der Herausstellung der politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und sittlichen Ideen des Sozialismus liegen und die alle dazu beitragen sollen, auf dem Wege des Kampfes gegen Partikularismus und Separatismus zu der Wiederherstellung der politischen Einheit Deutschlands und damit auch der Gesamtpartei zu kommen, in klarer und eindeutiger Weise umschrieben. Sein Referat war ein Appell an die Partei, die destruktiven Kräfte des Volkes, das zum größten Teil noch in Lethargie, Stagnation, Unsicherheit und Unmut verharrt, überwinden zu helfen und den Weg für die Schaffung eines einheitlichen, freihetlichen, demokratischen Volksstaates freizumachen.

Auch das Referat des Genossen Dr. Ostrowski war in erster Linie von politischen Gedanken durchdrungen. Er orderte Sanktionen, die öffentlichen Verwaltung, klare demokratische Entscheidungen, gemeinsame Zusammenarbeit in den Körperschaften. Ostrowski rief nach allgemeiner zünftiger freier Wahl, nach die allein die Förderung wahrhaft demokratischen Wesens zu erwarten sei, die Begründung fester Zuversicht und innerer Sicherheit, um nach dem moralischen Verfall des letzten Jahrzehnts eine neue Ordnung der Gemeinschaft zu schaffen, wurde von den Delegierten mit Begeisterung aufgenommen.

Der Berliner Parteitagesschicht hat auf ihrem ersten Parteitag die gewaltigen Aufgaben erkannt. Sie wird, gestützt auf das Vertrauen der breiten Massen und im Einklang mit den Genossen in anderen Parteien, sich an die Arbeit begeben, um der deutschen Arbeiterbewegung wieder zur vollwertigen W. G. O.

Gericht Revue passieren. Er erinnert die diplomatischen Konferenzen, den Angriffskrieg, wie wir sie aus den bereits vorgelegten Dokumenten kennen gelernt haben. Er fügt ihnen einige neue hinzu. Darunter eine sogenannte „Organisationsstudie 1930“ vom Büro des Chefs des Organisationswesens beim Stab Luftwaffe. Sie ist datiert vom 2. Mai 1938. In der Beilage finden sich zahlreiche Landkarten, die nebst anderen Besonderheiten auch jene haben. Oesterreich, die Tschechoslowakei, Ungarn, Polen und die baltischen Randstaaten aus dem Reich gehörig eingezeichnet zu haben. In dieser Studie ist — ich greife nur zwei Beispiele heraus — über die Organisation der Luftwaffe in Eridenzentscheidungen folgendes notiert: „Sieben Gruppenkommandos: 1. Berlin, 2. Braunschweig, 3. München, 4. Wien, 5. Budapest, 6. Warschau, 7. Königsberg.“ Unter II. heißt es:

„1. Angriffsplätze. Hauptstützpunkte: England, Frankreich und Rußland.

a) Einfluchtort, z. B. gegen England. Wenn alle 144 Geschwader gegen England eingesetzt werden, können wir in der wesentlichen Hälfte des Reiches konzentriert werden, d. h. sie müssen in einer derartigen Weise entlastet werden, daß sie bei vollem Gebrauch ihrer Reichweite das gesamte englische Territorium bis in den letzten Winkel hinein erreichen können.“

Die gesamtögliche Ausweitung des Ueberfalls auf Polen war von den Nazis in Betracht gezogen worden. Die Verträge, die sie geschlossen haben, waren von ihnen geschaffen worden, um gebrochen zu werden. Es waren Mittel zur Isolierung ihrer Gegner, Mittel der Einschläferung ihrer Wachsamkeit, Mittel zu dem seit Jahren eingetragenen Zweck zur Vorbereitung von Uebererraschungskriegen. Hiermit schließt die heutige Nachmittagssitzung.

Der Kampf um Danzig

Die Stadt sollte durch Ueberaschung besetzt werden

Nürnberg, 6. Dezember (SNB). Vor dem Beginn der eigentlichen Verhandlung der heutigen Vormittagssitzung teilt das Gericht mit, daß die Verteidigung um drei Wochen Weihnachtsferien gebeten hat. Das Gericht ist sich der zehnten Interessenbewußt, die in einem trotz dieser Größe ein Leben sichern. Auf Grund der Schwierigkeiten dieser Frage bin ich bereit, persönlich endgültige Unterhandlungen mit den deutschen Regierungskreisen zu führen. Ich halte es aber für notwendig, daß sie erst die Prinzipien des Problems klarstellen. Ich halte es mit einem eventuellen Kontakt mit ihnen nicht zu einem Abbruch führen könnte, für die Zukunft gefährlich wäre.“

Am 24. November 1939, kurz nachdem die polnische Regierung Verhandlungsangebote machte, gab der „Führer“ folgenden Befehl an das OKH, OKM, OKW heraus:

„1. Zusatz zu den Weisungen vom 21. Oktober 1939. Der Führer hat beföhlen, nach den drei am 21. Oktober 1939 erwähnten Kontingenzen müssen Vorbereitungen getroffen werden, um die Stadt Danzig durch Ueberaschung zu besetzen. Die Vorbereitungen müssen auf folgender Basis getroffen werden: „Vorbereitung ist eine ganz revolutionäre Bestimmung Danzigs unter Ausnutzung einer politisch günstigen Situation, nicht aber ein Krieg gegen Polen.“

Deutschland war damals noch nicht bereit zum Krieg. Am 5. Januar 1939 führt Beck zu weiteren Unterhandlungen nach Berchtesgaden. Nach der Erörterung einiger allgemeiner Fragen erklärt Beck, daß die Danziger Frage ein schweres Problem wäre. Er fügte hinzu, daß er in dem Vorschlag des Reichskanzlers keine Entschädigung für Polen sah, und daß die allgemeine polnische Meinung, nicht nur der politischen Denkenden, sondern aller Polen, sehr empfindlich in dieser Frage sei. Er fügte hinzu, daß er sich über dieses Problem zu lösen, man etwas Neues finden müßte. Er dachte an eine „Körperschaft“, die einerseits die Interessen der deutschen Bevölkerung wahren würde und andererseits sich die der polnischen. Zusätzlich erklärte Hitler, daß der Minister sich beruhigen konnte.

Es würde kein Fall accompli in Danzig geben und nichts würde unternommen werden, um die Lage der polnischen Regierung zu erschweren.“

Kulturwoche in Chemnitz

Dresden, 7. Dezember (SNB). Anlässlich der Gründung des Kulturbezugs am 24. Januar 1939 hat die Kulturwoche in Chemnitz wird eine Kulturwoche durchgeführt. Die Kulturwoche begann am 1. Dezember mit der Eröffnung einer Kunstausstellung, die dem Andenken der verbliebenen Käthe Kollwitz gewidmet ist. Der Abend des ersten Tages fand mit einem Konzert seinen Abschluß

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219451207-11/fragment/page=0002

Freitag
Es gibt die Zeit
markt zu Ein
antwort
schwer
Die H
mittelm
Pflichte
andere
dieser
Rückst
schen
können
kömme
Eikenn
Das A
Patient
nützlich
jüngere
zu
Der Au
Die Solda
neuer
dann,
nach
Der Au
Warte
hat au
ten au
Ab
Tage
sch
Das
1939
Blätter
Da li
sch
Das
wimm
Front
militä
Werke
habe
ist
noch
Lebt
die
wollen
die V
„Man
die V
Deuts

Der Mann im Mond

Es gibt Menschen, die haben immer noch nicht die Zeit gefunden, die sie benötigen...

Diese Menschen bezeichnen wir als „Menschen im Mond“. Und diese „Mondmenschen“ können gerade wenn sie sich um gar nichts kümmern, sehr schädlich sein.

Die Wände des Wartezimmers sind mit Soldaten- und Kriegsbildern aus alter und neuer Zeit „geschmückt“.

Aber das sind nicht etwa Zeitungen unserer Tage — nein, warum denn die Mitmenschen mit den augenblicklichen Geschehnissen belasten?

Ist das nicht Wahnsinn? Hat denn der Arzt nicht die besten neuen Zeitalter gehört?

Der Blick nach der Uhr

Den Liebhabern von psychologischen Experimenten sei hier ein guter Tip gegeben.

Die Blicke wandern jedoch umsonst zu dem so wichtigen Stellen. Was ich schätze, was es doch wann man wußte, daß man noch ein paar Minuten Zeit bis zum Arbeitsbeginn hatte.

Abgabe von Fleisch

1. Novemberdekade wird nachbefeiert. Die für die 1. Dekade im November nicht gelieferte halbe Fleischmenge wird auf den Zahlenschnitt Nr. 10 nachgeliefert.

Es gibt Streichhölzer! Auf den Abschnitt 10 der Kontrollkarten für besondere Aufträge (rote Karte) kommen zwei Schachteln Streichhölzer zur Verteilung.

Kommunalpolitik früher und heute. Die Betriebe der Straßenreinigung, des Fuhrparks und des Müllabfuhr hatten ihre Beziehungen zu einer gemeinsamen Betriebsversammlung zusammengefasst.

Erfüllte Kinderwünsche

Unter den 8-10jährigen Kindern gibt es heute sehr viele, die noch nie in ihrem Leben einen Laden voller neuer Spielsachen bewundern konnten.



Vor dem Schaufenster des Weihnachtsmannes

steht, das voller richtiger Spielsachen liegt, wie sie sonst nur aus dem Bilderbuch kannte.

enttäuscht zu sein, wenn sie danach gar nichts besitzen. Dabei weiß dieser kleine Kerl noch nicht einmal, daß die Wirklichkeit so nahe liegt.

Allein in einem Spielwarengeschäft in Halle stehen für den Weihnachtsmann 50 000 Spielsachen bereit.

Einem Laden mehr Spielsachen liegen als Kindern da sind. Im Gegensatz zu den angeschmierten Pappreuten und Lumpenknäulen als Puppen, sind hier Volksspielsachen aus dem Erzgebirge und dem Thüringer Wald wieder die Kinder geschaffen worden.

Wer hätte je gedacht, daß ein halbes Jahr nach den furchterlichen Ereignissen dieses Krieges, der Weihnachtsmann in der Lage ist, sich die schönsten Dinge hervorzubringen, ohne

Freier Markt in Halle

Eröffnung am kommenden Sonntag

Wie in vielen Orten der Provinz Sachsen, wird nun auch unserer Stadt Halle als Freier Markt im Leben.

Die hallischen Hausfrauen werden nunmehr an jedem Sonntag in der Zeit von 9 bis 13 Uhr auf dem Freien Markt zusätzliche Nahrungsmittel kaufen können.

Bauern in der Umgebung von Halle

Beschikt am Sonntag, dem 9. Dezember, in der Zeit von 9-13 Uhr, den Freien Markt in Halle mit den Erzeugnissen, in denen ihr eure Ablieferungspflicht erfüllt habt.

Mit der Einführung des Freien Marktes in Halle ist ein weiterer Schritt zur besseren Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln getan.

Achtung, Führerschein-Inhaber!

Für kurzfristigen Arbeitsersatz größere Anzahl Kraftfahrzeuge (Kleintransporter, Straßenfahrzeuge) mit Führerschein II oder III dringend gesucht.

Fischgerichte zum Weihnachtsfest

Wir wir von zu ständiger Stelle erfahren ist die Fischverteilung der Stadt Halle organisiert worden.

Wieviel Fliegeralarme hatte Halle?

Die Zeit der Luftangriffe, der Übergang zum nervösen Gespanntheit beim „Anfliegen“ in unser Gebiet, die nervenaufregenden Nächte im Keller sind vorüber.

Gemeinschaftsküche für Bedürftige

Tägliche Kinderportionen in den Schulen vorgesehen

Aus Anlaß der gestrigen Eröffnung der ersten Volksspeisung in Halle, über die wir auf der ersten Seite berichteten, ergab an die Bevölkerung Halles folgender Aufruf des

Es werden weitere Gemeinschaftsküchen eingerichtet, in denen ein schmackhafter Eintopf gekocht wird.

Auch die Kinder in den Schulen sollen täglich mit einer warmen Suppe versorgt werden.

Deshalb ergeht der Ruf an alle: Heiß! Melde! Kockessel! und Essenträger (Thermophoren), die nicht oder nur teilweise gebraucht werden.

Wer helfen kann und wer helfen will, der melde sich zur Mitarbeit beim Hilfswerk der Provinz Sachsen, Stadtaussschuß Halle, Kleine Steinstraße 8.

Die Straße ist keine Rennbahn!

Einige wichtige Ratschläge für den Kraftfahrer

Vom Autodienst der Straßenverkehrsinspektion wird uns geschrieben: Manche Lenker gehen mit einem Schwung in die Kurve, daß die Reifen geradezu aufschreien.

Schnelles und gutes Fahren sind zwei ganz verschiedene Begriffe. Durch zu schnelles Fahren werden der Verkehr und der Kraftfahrer selbst gefährdet.

Vorsicht beim Abbiegen! Es ist nicht nur erforderlich, den Winker zu bedienen, der Führer des Fahrzeuges muß sich darüber hinaus auch vergewissern, ob der Straßenverkehr das Abbiegen zuläßt.

muß sich in den Straßenverkehr einordnen. Auf die Straßenbahnbenutzer, die im Begriff sind, einzusteigen, muß der Kraftfahrer unbedingt Rücksicht nehmen.

Das besondere Augenmerk ist der Beleuchtung von Kraftwagen zu widmen. Man trifft auf Scheinwerfer inmitten der Stadt, die hell aufleuchten, das ist ein Zeichen großer Rücksichtslosigkeit.

Auch der erfahrene Kraftfahrer muß sich von Zeit zu Zeit die Straßenverkehrsordnung vor Augen führen.

SPD 120 Minuten Frohsinn

Der Arbeitskreis junger Sozialdemokraten veranstaltet unter diesem Motto am Sonntag, dem 9. Dezember, 16 Uhr, im kleinen Saal des Volksparks einen „Bunten Nachmittag“ mit Unterhaltung und Tanz.

Stadtteller. Sonntag, 9. Dezember, 16.00 Uhr, „Mars la Tour“: Stadtteller-Versammlung. Redner: Genosse Ernst Thaps.

„Die Geschwister“

So heiß das Märchenpiel, welches der antifaschistische „Mars la Tour“ Stadtteller Süd-West, am 2. Dezember im Ruderhaus Böllberg veranstaltete.

Wenn man die beiden Veranstaltungen gegenüberstellt und ihnen Noten gibt, so gibt man den Nachmittags des Amtes der Arbeit eine zwei und dem des Stadtteller Süd-West eine fünf.

Vertical text on the left margin, partially cut off.

Vertical text on the right margin, partially cut off.



Fremde Klänge

Das vollkommene Konzert des Städtischen Orchesters Quiedlung unter dem Titel „Musik der Nationen“, bot in einem ausgewählten Programm sehr ansprechende Werke ausländischer Komponisten.

Rußland war darin vertreten mit der dreistimmigen „Kantate“ „Süß“ von M. Ippolitow-Iwanow, einem eifrigen Pfleger des Kolorismus, und dem „Russischen Tanz“ von Kolorismus, und dem „Russischen Tanz“ von Peter Tschaikowsky. Als Probestück jener französischen Unterhaltungskunst, die gewöhnliche Dinge durch eine gewählte Form zu heben weiß, wurden drei Sätze aus der bekannten „Sylvia“-Ballett-Suite von L. Delibes geboten. Aus Rumänien hörte man W. Gronostays temperamentsvolle „Rumänische Skizzen“, ebenfalls in drei Sätzen, und Italien wurde mit A. Ponchiellis beschwingter Ballettmusik aus „Gioconda“ gehuldigt. Die in allen Künsten regen Norweger waren mit bemerkenswerten Arbeiten von J. Svendsen und E. Grieg vertreten.

Das Quiedlung'sche Städtische Orchester, das in einer glücklichen Besetzung unter Waldo Zimmers bewährter Leitung sich zu einem wirklich guten Klangkörper entwickelt hat, bot wieder eine schöne Leistung und verhalf dieser Darbietungsfolge zu dem beachtlichen Erfolg, der in einem außerordentlich spontanen Beifall zum Ausdruck kam.

Friedrich Engels zum Gedächtnis

Gemeinsame SPD- und KPD-Hauptmitglieder-versammlung

Zum Gedächtnis der 125. Wiederkehr des Geburtstages von Friedrich Engels veranstalteten am 30. November die Ortsverbände Quiedlung der SPD und KPD eine gemeinsame Hauptmitglieder-versammlung im großen Saale des „Stadt-saalbau“.

Nach Eröffnung durch Gen. Dr. Frede (SPD) sprach zunächst Gen. Herbst (KPD), Halberstadt, über das Leben und Wirken von Friedrich Engels, den er als charakteristisches Vorbild für den Arbeiter feierte, dessen Gedankengut von uns wieder aufgenommen werden muß. Engels war der beste Mitstreiter des mit ihm ein ganzes Leben lang ungetrennten Karl Marx für eine sozialistische Weltanschauung und damit ein lakrätiger Vorkämpfer für die Arbeiterbewegung, der er seine bedeutendsten organisatorischen Fähigkeiten zugute kommen ließ. Zwei Dinge sind es, die mit seinem Lebenswerk unvergänglich verbunden sind: die Schulung des Arbeiters zum klassenbewußten Proleten und die Schaffung eines Proletariats nicht nur für Deutschland sondern für die ganze Welt.

Gen. Dr. Frede (SPD) unterstrich und ergänzte die treffenden Worte seines Vordrängers und wies auf die großen gemeinsamen Ziele hin, die die beiden Sozialisten führen sollen. Ein verständnisvoller gemeinsames Zusammenwirken und die eiserne Willenskraft sind die ersten Voraussetzungen für eine erfolgversprechende Aufbauarbeit. Die Herrschaft der bürgerlichen Klasse in der gewesenen Form ist ein für allemal vorbei und allein schon liegt der Anbruch einer neuen Zeit begründet. Sie soll uns aber in ihrer Beziehung Neues und Besseres bringen, und daß das gelinge, muß ein jeder das seinige dazutun.

Leuna-Transportarbeiter aktiv

Die Oeffentlichkeit ist durch die Produktionssteigerung des Leuna-Werkes — vornehmlich Basalt — unterrichtet worden. Auch die Leuna-Arbeiter haben in den letzten Tagen an den im Werk aufgestellten „Bekanntmachungstafeln“ die dort angebrachte ständig steigende Benzol-Produktionskurve sehen können und sich darüber gefreut, daß auch sie zu diesem Erfolg mit beitragen dürfen.

Wenn auch in erster Linie der Produktionsbetrieb für den Energ. Erzeugung tritt, so sind die Nebenbetriebe, besonders der Transportbetrieb, nicht unwesentlich daran beteiligt. Die Leuna-Transportarbeiter reißen sich aktiv ein in die Masse der aufbauenden demokratischen Kräfte. In ständiger Tag-, Nacht- und Sonntagsschicht und bei jedem Wetter werden alle Waggonen ent- oder beladen. Die vorgeschriebene Entladezeit von zwei Stunden zwingt zu schnellem Handeln. Das Entladen bei Nacht und mangelhafter Beleuchtung erfordert größte Aufmerksamkeit, um Unfälle zu vermeiden, damit jede Arbeitskraft einsetzbar bleibt. Transporte von Maschinen, Eisensteinen, Apparaten, Motoren usw. finden täglich statt. Jeder weiß, daß die Fortführung und Ingangbringung eines Betriebes für die Produktionssteigerung des Werkes von größter Bedeutung ist.

Nur durch den Einsatz aller Kräfte, sei es als Klopfer- oder Handarbeiter, ist das zu erreichen. Nur die Energie, die man einsetzt, 32 Elektrokarren, Lastkraftwagen, teils werkzeigene, teils fremde, laufen täglich für das Werk. Sie müssen schnellstens ent- und beladen werden, damit jeder Leierlauf wieder wird.

Um die Reichsbahngangstellung auszugleichen, wurden über 100 Nahverkehrswagen eingesetzt, damit die dringlich benötigten Güter herangeschafft werden. Eine große Zahl Spezialwagen dienen der Heranschaffung von Rohstoffen. Wenn auch der Umschlag an Gütern gegenüber von früher geringer ist, so sind die Transportmöglichkeiten, verursacht durch den verbrecherischen Hitlerkrieg, heute umso größer. Aber es wird geschafft!

Die 100prozentig gewerkschaftlich organisierte Transportbetriebs-Betriebschaft und die große Zahl der in den politischen Arbeiterpartei-organisierten Transportarbeiter sind ein Zeichen für den gemeinsamen Willen zum Aufbau eines freien demokratischen Deutschlands.

Aus Trümmern wächst

Das neue Falkenberger Eisenbahnkreuz

Schnelles Fortschreiten der Aufbauarbeiten — Die Aufgaben der Zukunft

(Zlg. Bericht) H. G. St. Falkenberg, 7. Dezember.

Die verheerenden Folgen des verbrecherischen Hitlerkrieges haben die gesamte deutsche Eisenbahn vor Aufgaben gestellt, gegenüber denen alle bisher auf dem Gebiet des Schienentransportwesens vollbrachten Leistungen der Vergangenheit verblasen müssen. Ein eindrucksvolles Bild davon, wie auch die leitenden Stellen der Eisenbahn der Provinz Sachsen um die Lösung dieses Problems bemüht sind, vermittelt die Arbeiten an einem der wichtigsten Verkehrsknotenpunkte unserer Provinz, dem Eisenbahnkreuz Falkenberg an der Elster.

Falkenbergs Bedeutung

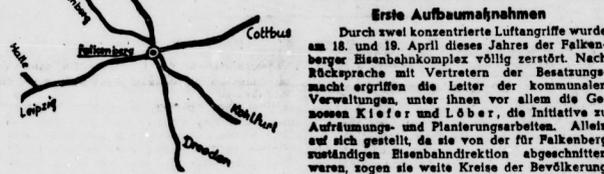
Falkenberg (Elster), die im Ostteil der Provinz Sachsen liegende Gemeinde mit 7500 Einwohnern, von denen 80 Prozent ihre Beschäftigung bei der Eisenbahn finden, ist das im mitteldeutschen Raum stauenden Rückwärtigen führenden Strecke Berlin—Dresden, der West-Ostachse Halle—Leipzig—Cottbus und



Arbeiter, Angestellte und Beamte bei Aufräumungsarbeiten auf dem Bahnhof Falkenberg

der Diagonalverbindung Magdeburg—Wittenberg—Kohlfurt. Als einer der größten Verschlebebahnhöfe Deutschlands, erhaltung und weitere Ausgestaltung des Schienenverkehrs.

Ueber Falkenberg laufen Kohlen- und Versorgungszüge aller Art, der Großteil der



der Diagonalverbindung Magdeburg—Wittenberg—Kohlfurt. Als einer der größten Verschlebebahnhöfe Deutschlands, erhaltung und weitere Ausgestaltung des Schienenverkehrs.

Ueber Falkenberg laufen Kohlen- und Versorgungszüge aller Art, der Großteil der

An die Bevölkerung von Weißenfels

Das Grauen des Hitlerfaschismus hat auch vor unserer Stadt nicht Halt gemacht. Im Ostteil des Konzentrationslagers Buchenwald (Nebenarbeitslager Tröglitz-Zeitz) sind nachweislich im Januar 1945 für 5800 RM und im Februar 1945 für 4800 RM russische und lettische jüdische Häftlinge im Weißenfels Krematorium verbrannt worden. Diese Schandtaten wurden durch zwei aufgefundenen Originalrechnungen der Weißenfelsler Stadthauptkasse und durch die Entdeckung einer Grube, in der die Gebeine und die Asche von 239 Häftlingen untergebracht wurden, bestätigt.

Damit ist auch unsere Heimatstadt in der verbrecherischen Weise geschändet worden! Diese Schuld muß getilgt werden!

Das Zuchtstübenlager war den unglücklichen Opfern eine würdige Ruhestätte zu schaffen.

Die Aktivität des Blocks der vier antifaschistisch-demokratischen Parteien sowie der Stadtverwaltung ist die Ruhestätte in einen würdigen Zustand versetzt worden. Zur ständigen Mahnung und Verpflichtung ist an dieser Stätte der Schmach und Schande ein Gedenkstein errichtet worden.

Zur feierlichen Einweihung dieses Steines

- Der vorbereitende Ausschuss des Antifaschistischen Blockes
- Liberaldemokratische Partei
- Herbert Senz
- Sozialdemokratische Partei
- Kurt Horack
- Christlich-Soziale Union
- Johannes Janicke
- Kommunistische Partei
- Fritz Juch

Rhoden. In einer Versammlung fand die Gründung des Antifaschistischen Jugendausschusses statt. Bürgermeister Gen. Busch begrüßte die Gäste. Anschließend sprach Gen. Danowsky. Es ist jetzt nicht mehr wie früher, wo die Jugend vormilitärisch ausgebildet wurde, sondern es heißt heute: „Wollt ihr Jungen mit am Aufbau teilnehmen, ganz gleich woher ihr kommt!“

Anschließend wurden die Vertreter des Jugendausschusses gewählt.

Arendsee (Altmark). In einer Versammlung der Antifaschistischen Jugendausschüsse sprachen Vertreter der beiden Arbeiterparteien zur Jugend. Genosse Hemping (SPD) hat die Jugend um volles Vertrauen. Er betonte, daß die Erziehung nicht einseitig werden soll, sondern die Jugend wird eine vielseitige antifaschistisch-demokratische Ausbildung erhalten. Der Redner betonte weiter, daß es nie mehr vorkommen darf, daß unsere Jugend gegen andere Völker der Welt kämpfen wird.

halten brachten zahlreiche Arbeitertrotten nicht nur die Schienen in Ordnung, sondern sie machten auch die nach allen vier Himmelsrichtungen abgehenden Strecken für den Verkehr frei. Dabei arbeiteten zahlreiche Lokführer, Büroangestellte und Beamte zusammen mit ihren Genossen vom Schienenbau, weil alle die zwingende Notwendigkeit zur Beibehaltung des ihnen gestellten Programms einsehen. Die Männer an Pickle und Schaufel hatten mit ungeheuren Schwierigkeiten zu kämpfen. Zwölfmal sackte ihnen allein bei einer Unterführung der durch zahlreiche Bombentreffer beschädigte Bahnhofsgebäude nach. Der als Betonwerk ausgeführte massive Bahndamm, der von Westen nach Osten die Nord-Südlinie überbrückte, wurde früher alle drei bis vier Minuten von einem Zug durchfahren. Die Bomben hatten sein Zement- und Stahlgelüfte derart aufgerissen und gelockert, daß selbst nach mehrmaligem Zuschütten und Einstampfen die Gleise nach Probeversuchen immer wieder nachsanken.

In mühevoller Arbeit wurden trotzdem alle durch den Bahnhofsnotenpunkt Falkenberg führenden Strecken so weit wiederhergestellt, daß der Verkehr ungestört ablaufen kann. Neben den reinen Erd- und Planungsarbeiten sind aber auch in Form von kleinen Behelfsbauern neue Dienststraßen, sogar ein Erfrischungsraum und ein größerer Aufenthaltsraum für Arbeiter und Durchreisende geschaffen worden. Damit ist die erste Etappe des Aufbaues von Falkenberg abgeschlossen.

Das zukünftige Bauprogramm

Wer das Gewirr von zerschlagenen Gleisen, zertrümmerten Lokomotivhallen, zerstörten Lokomotiven und ausgebrannten Waggonen heute in Falkenberg sieht, wird zunächst ungläubig den Kopf schütteln, wenn er davon hört, daß schon in wenigen Jahren wieder aus dem Chaos, das der Krieg hinterließ, ein moderner Bahnhofsnotenpunkt entstehen soll.

Eine besondere Kommission beschäftigt sich zur Zeit mit der Erstellung von Gebäuden für den Personerverkehr, die Güterabfertigung, den Verkehrsumschlag und die dem Bahnhof räumlich angeschlossenen technischen Einrichtungen.

Magdeburg—Kohlfurt wieder zweigleisig

Eine besondere Leistung wurde von den Eisenbahnern vollbracht, die die durch das Falkenberger Bahnkreuz laufende Strecke Magdeburg—Kohlfurt in kürzester Zeit wieder zweigleisig herstellten. Als der Ausbau der 222 km langen Strecke von Eisleben nach Wahrenbach innerhalb von 25 Tagen verlangt wurde, glaubte keiner, daß man dieses Programm erfüllen könne. Und doch ist es geschafft worden. Früher wäre diese Aufgabe mit Leichtigkeit zu bewältigen gewesen. Es hätte nur in wenigen Jahren wieder aus dem Chaos, das der Krieg hinterließ, ein moderner Bahnhofsnotenpunkt entstehen sollen.

Die Aufbaumassnahmen

Durch zwei konzentrierte Luftangriffe wurde am 18. und 19. April dieses Jahres der Falkenberger Eisenbahnkomplex völlig zerstört. Nach Rücksprache mit Vertretern der Besatzungsmacht griffen die Leiter der kommunalen Verwaltungen, unter ihnen vor allem die Genossen Kiefer und Löber, die Initiative zu Aufräumungs- und Planungsarbeiten. Als ein Ziel gestellt, da sie von der für Falkenberg zuständigen Eisenbahndirektion abgeschlossen waren, sagen sie weite Kreise der Bevölkerung zur Geländeaufklärung heran. Als sich dann die Direktion in Halle wieder aktiv einschaltete, konnten, waren die ersten Aufräummaßnahmen bereits soweit vorgeschritten, daß man an die eigentliche Planung gehen konnte.

Das Programm erfüllt

Nach einem den einzelnen Wichtigkeitsstufen entsprechenden Programm wurde als erste Strecke die nach Wittenberg in Angriff genommen. Trotz zeitweiliger Behinderung durch die Muldegenossenschaft

werden konnte.

In richtiger Erkenntnis der Dringlichkeit dieser Aufgabe stellten die an den Schienensträngen gelegenen Gemeinden Arbeitskräfte zur Verfügung. Parallel mit der Ingangsetzung des Schienenweges erfolgte auch die Ausbesserung und zum Teil Neuanlage der alten Sprengverbindungen, so daß namentlich auch dieser Strecke über das Bahnkreuz Falkenberg der Verkehr rollen kann.



Plasterarbeiten auf einem Bahnhofs

Lieskau. Die antifaschistischen Blockparteien veranstalteten eine Versammlung, die unter dem Thema „Einheitspartei“ stand. Die Versammlung war sich über den unbedingten Zusammenschluß der beiden Arbeiterparteien einig.

Hirschfeld. Auf einer Versammlung der SPD sprach Genosse Dietrich, Falkenberg, über die Ziele der Sozialdemokratie. Als Erfolg dieser Versammlung war die Gründung eines neuen Ortsvereins zu vermerken. Der Vorsitzende des Ortsvereins ist Genosse Schöllkopf.

Koblenz. Der vor kurzem neu gegründete Ortsverein hielt seine erste öffentliche Versammlung ab, in der Genosse Dietrich ein politisches Referat hielt.

Verlag und Druck: „Volksblatt“, Druckerei und Verlags-gesellschaft, Gf. Braunschweig, 15177 Telefon: 1111. — Anzeigen für die Redaktion des „Volksblatt“: Halle — Telefon Sa-Nr. 7 891 und 34 600. — Sprechstunden der Redaktion 12—14 Uhr.

Antifaschistische Prägung der gesamten Schule

Hilfslehrer für den höheren Schuldienst

Verordnung des Präsidenten der Provinz Sachsen vom 16. November 1945 über Einberufung von wissenschaftlichen Hilfslehrern (innen) ohne pädagogische Vorbildung in den höheren Schuldienst.

- Um eine wirkliche Durchdringung auch der höheren Schulen mit antifaschistisch-demokratischem Geiste zu gewährleisten, werden sofort Männer und Frauen mit entsprechender Vorbildung und antifaschistischer und antimilitaristischer Gesinnung zwischen 25 und 43 Jahren als wissenschaftliche Hilfslehrer (innen) berufen.
- Die Bezirkspräsidenten und die Vertreter der Blockparteien bestellen Ausschüsse in ihren Bezirken zur Prüfung der eingehenden Bewerbungen. Diese Ausschüsse treffen die Wahl. Die Bezirkspräsidenten berufen die so ausgewählten Bewerber als wissenschaftliche Hilfslehrer (innen) und weisen sie zur Ausbildung in den betreffenden höheren Schulen zu.
- Die wissenschaftlichen Hilfslehrer (innen) werden den höheren Schulen sofort zur Unterrichtsleistung gegen eine noch festzusetzende Vergütung überwiesen.
- Nach Ableistung eines einjährigen Vorbereitungsdienstes werden die wissenschaftlichen Hilfslehrer (innen) vor dem pädagogischen Prüfungsausschuss der höheren Schulen abgeprüft. Durch deren Bestehen ist die Anstellungsbefähigung für den höheren Schuldienst erworben.
- Die wissenschaftlichen Hilfslehrer (innen), die die pädagogische Prüfung nicht bestehen, kehren in ihren alten Beruf zurück.
- Entscheidungen in Zweifelsfällen trifft die Abteilung Volksbildung beim Präsidenten der Provinz Sachsen.

gez. Dr. Hübener

gez. Sievert

Meldungen sind direkt an die Präsidenten der Regierungsbezirke zu richten.



Die Volkshochschülerin beim Studium

Wenn man sich mit Pädagogen über die Stellung der Schule im antifaschistischen Staat beschäftigt, begegnet man allmählich der Auffassung, daß es lediglich einer Änderung in den hierfür besonders geeigneten Fächern Deutsch, Geschichte und Erdkunde bedürfe, um den Notwendigkeiten der Gegenwart Rechnung zu tragen. In all den anderen Fächern, die mehr technischen Charakter tragen, könne es im übrigen beim Alten verbleiben. Recht kräftig tritt diese Auffassung im Kreise der Berufsschulpädagogen hervor. Hier glaubt man, daß sich Fachkunde, Fachzeichnen und Fachrechnen für eine gesinnungsbildende antifaschistische Einstellung nicht eignen, weil es ja hinsichtlich der Berufspraxis keine politische Färbung der Unterrichtsstoffe gäbe. Man verneint, daß den Gegenwartsaufgaben dann genügend Rechnung getragen worden ist, wenn an Stelle der Stoffe des alten Reichskundefaches entsprechend neue Gedanken antifaschistischer Prägung im Unterricht behandelt werden. Es soll deshalb an zwei Beispielen gezeigt werden, daß es nicht auf die Form oder auf andere äußerliche Merkmale ankommt, sondern die unserer Jugend ankommen darf, sondern die der pädagogische Geist eine grundsätzliche Änderung erfahren muß, wenn wir ein neues Geschlecht erziehen wollen.

Dem Antifaschismus kann man nicht lediglich dadurch Rechnung tragen, daß man für seine Tendenzen ein besonderes Fach, etwa das der Reichskunde, vorsieht, daß im übrigen die berufskundlichen Fächer ein idyllisches Sonderdasein zu führen haben, in welchem nur von Zeit zu Zeit einmal ein Klang von politischer Musik herinschallt.

In allen Erziehungsbereichen des Unterrichts haben die Schulen schlechthin mit der Beschneidung im besonderen die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß der werdende Volksgenosse Maßnahmen und Entscheidungen unserer Verwaltung mit innerer Zustimmung begegnet.

Es handelt sich keineswegs bloß darum, etwa ein technisches Verständnis für die verschiedenen Gebiete der unterrichtlichen Behandlung her zu bekommen oder anzuwenden, sondern immer ist die politische Gesinnung, d. h. die positiv behaltende Einstellung des werdenden Menschen zu den Maßnahmen der Regierung das zu erstrebende Ziel.

Aller Unterricht, also auch der sogenannten technischen Fächer, ist vom gegenwärtigen Handeln Deutschlands aus zu betrachten. Es genügt also z. B. nicht, daß zur Lösung dieser politischen Aufgaben der Unterricht gemacht wird, in irgendeinem unterrichtlichen Fach die Frage der Bodenreform eingefügt wird, wodurch möglicherweise der Stoff dieses Faches vervollständigt, berichtet oder vermehrt, der Aufbau des Faches selbst jedoch, das Entscheidende, unverändert bleibt. Gerade weil die Bodenreform nicht aus einer augenblicklichen Notlage geboren ist, sondern dem Grundgedanken antifaschistischer Politik, sozialistischen Denkens usw. in wirtschaftlichem, politischem und gesellschaftlichem Sinn, entspricht, muß dieses sachliche Gebiet von dieser Warte aus gesehen und gewertet werden. Es kommt also durchaus nicht bloß auf die beschreibende Darstellung der beschlossenen Gesetze, auf die Organisation der zu treffenden Maßnahmen an, entscheidend ist vielmehr ausschließlich die politische Gesinnung, die bei der Behandlung gewonnen wird.

In der Berufskunde nimmt die Behandlung der neuen Werkstoffe, der Austausch- bzw. Ersatzwerkstoffe einen breiten Raum ein. Die Schwierigkeiten der Wirtschaftsführung, welche durch den Boykott gegen das chauvinistische Deutschland entstanden waren, sollten durch eine entsprechende Ersatzbeschaffung durch Kunststoffe überwunden werden. Wie kann das aus jener Zeit stammende böse Wort „Ersatzkanonen, dann Butter“, Rohstofffreiheit, Wirtschaftsfreiheit, Förderung unbenutzter Rohstoffe, Beschäftigung brachliegender Arbeitskräfte, ähnliche Schlagworte geben, die Reden der Hitler, Göring u. in den Dekretmantel, mit denen sie 1936 diese Aufruf begründeten. Wie unverfornern man in der Veruschung der wahren Ziele vorging, möge ein literarischer Hinweis zeigen.

„Im letzten Grunde erfüllen wir mit unserem Kampf um Rohstofffreiheit ähnliche Ziele, deren Erreichung zu den moralischen Pflichten des erziehenden, erhaltenen und wirtschaftlich gesunden deutschen Volkes gehört. Sie lassen sich vortrefflich in zwei Begriffe zusammenfassen, die Ministerpräsident Göring in seiner Sportpalastrede (26. Oktober 1936) prägte: „Die Sicherung der deutschen Ehre und die Sicherung des deutschen Lebens“.

In diesen Worten erkennen wir die Spekulation auf chauvinistische Instinkte. Mit Uberschriften „Deutscher Gummi aus deutschen Rohstofföfen“, „Deutscher Benzin aus deutschem Erdgas“, „Deutsches Metall aus deutscher Erde“ u. a. aus der Häufung von Lehrmittelsammlung bekannten Bildbezeichnungen bekannt — stachelte man königlich den Ehrgeiz an, der sich dann in chauvinistischer Eitelkeit bemerkbar machte. Arrogante Herabsetzung der Leistungen des Auslandes, die von den technischen Fortschritten der Deutschen in den Schatten gestellt wurden, unsachliche Färbung weltwirtschaft-

licher Zusammenhänge usw., das waren die Mittel dieser Art Erziehung. Die Schule des Antifaschismus muß sich dagegen derartigen Lächerlichkeiten fern halten. Sie hat keinerlei Ursache, die Leistungen des deutschen Volkes zu verkleinern, aber sie hat Verständnis dafür aufzubringen, wie andere Völker zu leben, zu fühlen und zu denken gewohnt sind. Wir wollen uns frei machen von der Ueberheblichkeit, mit der man unter der Hitlerdiktatur auf die Verhältnisse in den anderen Ländern herabsah, frei machen von der lächerlichen Eitelkeit, aus jeder wirtschaft-

lichen Zusammenhänge usw., das waren die Mittel dieser Art Erziehung.

Die Schule des Antifaschismus muß sich dagegen derartigen Lächerlichkeiten fern halten. Sie hat keinerlei Ursache, die Leistungen des deutschen Volkes zu verkleinern, aber sie hat Verständnis dafür aufzubringen, wie andere Völker zu leben, zu fühlen und zu denken gewohnt sind. Wir wollen uns frei machen von der Ueberheblichkeit, mit der man unter der Hitlerdiktatur auf die Verhältnisse in den anderen Ländern herabsah, frei machen von der lächerlichen Eitelkeit, aus jeder wirtschaft-

Vorschulerziehung im Sowjetstaat

Das System der Vorschulerziehung der Kinder in der Sowjetunion ist genau so alt, wie das Sowjetregime.

Im zaristischen Rußland mit seiner Vielmillionen-Bevölkerung zählte man insgesamt 240 Kindergärten für etwa 3000 Kinder. Diese Kindergärten wurden entweder von Privatpersonen für Kinder wohlhabender Eltern oder von den Wohlstandsgesellschaften für die Kinder der Ärmsten unterhalten. Erst nach der Revolution wurde die Vorschulerziehung eine Angelegenheit des Staates und das Netz der Kindergärten begann rasch zu wachsen. Gegenwärtig wird für die Vorschulerziehung alljährlich mehrere Milliarden Rubel aus dem Staatshaushalt für die Vorschulerziehung im Lande geschaffen worden. Es gibt Kindergärten bei jeder Fabrik, bei jedem Werk und fast in jedem Dorf.

Außer den Kindergärten gibt es in den Dörfern für die Kinder im noch nicht schulpflichtigen Alter Spielplätze, die in den Dörfern während der Zeit der Feldarbeiten organisiert werden.

Das gegenwärtig bestehende Netz der Kindergärten gewährleistet die Aufnahme sämtlicher Kinder, deren Eltern wünschen, daß ihre Kinder in Kindergärten besuchen. Schwierigkeiten in dieser Hinsicht gibt es nur in den von den faktischen Eindringlingen zerstörten und ausgeplünderten Gebieten, wo bei weitem noch nicht alle Kinderinstitutionen wiederhergestellt werden konnten.

In die Kindergärten werden Kinder im Alter von 3 bis 6 Jahren aufgenommen. Sie verbringen gewöhnlich 9–10 Stunden täglich im Garten. Bei vielen Kindergärten gibt es Sondergruppen, die aus irgendwelchen Gründen — zum Beispiel, im Falle der Erkrankung der Mutter — einige Tage unter ständiger Aufsicht der Erzieher bleiben.

Gewöhnlich bringen der Vater oder die Mutter auf dem Wege zur Arbeit ihr Kind in den Kindergarten und holen es am Ende des Tages wieder ab. Deshalb werden die Kindergärten aus Bequemlichkeitsgründen für die Eltern in der Nähe des Betriebes eingerichtet. Außerdem gibt es in den Städten Kindergärten, die von der Stadtverwaltung unterhalten werden. Wenn einer der Eltern aus irgendwelchen Gründen nicht zweckmäßig erscheint, ihr Kind in der Nähe der Arbeitsstätte unterzubringen, steht ihnen die Möglichkeit offen, es in einen Kindergarten in der Nähe ihrer Wohnung zu bringen.



Für schwächliche Kinder gibt es besondere Kindergärten, wo die Kinder unter Aufsicht der Ärzte bei einer besonderen heilsamen Lebensweise 2–3 Monate oder auch länger bleiben.

Der Besuch der Kindergärten ist für die Eltern mit nur geringen Unkosten verbunden. Diese sind für alle erschwinglich. Trotzdem befreit der Staat Personen mit geringem Einkommen und kinderreiche Eltern auch von diesen Zahlungen.

Die Hauptaufgabe eines sowjetischen Kindergartens ist die physische Entwicklung des Kindes. Dementsprechend wird der Ernährung der Kinder große Aufmerksamkeit geschenkt. Sie erhalten ein warmes Frühstück und zwei Tagesmahlzeiten, die Gruppen, die ganztägig im Kindergarten bleiben, außerdem noch ein Abendessen.

Die Tageseinteilung ist genau festgesetzt: Die Kinder verbringen vier Stunden an der frischen Luft, auch für das Spielen, Basteln und für die Erholung sind bestimmte Zeiten festgelegt. In den Mittagessen ist zwei-stündiger Schlaf vorgesehen.

Unterhaltungsspiele, Musik, Zeichnen, Modellieren, Vorlesen und Erzählen nehmen einen großen Platz in der Arbeit mit den Kindern ein.

Die ernsteste Bedeutung wird der moralischen Erziehung der Kinder beigelegt. Man erzieht in den Kindern Fleiß, Wahrfähigkeit, Liebe zu den Eltern und Achtung vor dem

Leistung und Leistungsfähigkeit

Die demokratische Einheitschule fördert den Aufstieg nach der schulmäßig erfassten Leistungen des einzelnen; die Gabelung in mehrere Züge gibt sowohl dem theoretisch-wissenschaftlich wie dem praktisch-handwerklich veranlagten Schüler die Möglichkeit, bis zu einem Studium aufzusteigen, wobei besonders die Möglichkeit ist, daß sich Spielentwicklungen nicht ausgeschlossen werden. (Vgl. den Artikel von Ob-Reg.-Rat Elchepp über die deutsche Einheitschule in Nr. 62 des „Volksblattes“ vom 16. November 1945.)

Damit drängen wichtige Grundprobleme, die von der nationalsozialistischen Schule mit der bekannten Oberflächlichkeit beiseite geschoben wurden, zur Lösung.

Die schulische Leistung hängt von der körperlich-geistigen Leistungsfähigkeit und den äußeren Umständen ab. Es liegt im Plan der demokratischen Einheitschule, letztere so zu gestalten, daß kein Kind infolge mangelnder Veranlagung (Geld- oder Zeitmangel) auf den seinen Fähigkeiten zukommenden Aufstieg verzichten muß.

Damit rückt die Aufgabe: Feststellung der Leistungsfähigkeit in den Vordergrund und dem Lehrer fällt eine hohe Verantwortung zu — sollen das Schulurteil und Lebensverlauf übereinstimmen.

Schon die Frage der körperlichen Leistungsfähigkeit ist nicht immer so leicht zu beurteilen. Fehlurteile sind häufig. So werden hochwichtige Kinder und Jugendliche gern für besonders leistungsfähig angesehen, in den Entwicklungsjahren fällt aber das Herz nicht immer gleicher Schritt mit dem Längenwachstum. Auch die in ganz Europa beobachtete frühe Reifung mit häufigen Erscheinungen von Ermüdung und Zerbarkeit ist kein unbedingtes Gesundheitszeichen. Schließlich können auch Störungen der Tätigkeit innerer Drüsen (Hormone) zu Hochwuchs führen. Solche Jugendliche leisten nicht „trotz“, sondern „wegen“ ihrer Größe nicht viel im Turnen.

Damit ergeben sich ernste Schwierigkeiten bei der objektiven schulischen Feststellung der Leistungsfähigkeit: denn Zerbarkeit und Stumpfheit, Vergesslichkeit, Unaufmerksamkeit

liche Not unseres Volkes eine Tugend zu machen, die uns berechtigt, auf die Zustände bei anderen mit Geringschätzung herabzublicken.

Der Völkerverfrieden geduldet nicht auf dem Boden der gegenseitigen Wirtschaftstrennung, sondern erwächst mit der Innigkeit der weltwirtschaftlichen Beziehungen unter den einzelnen Völkern.

Wir werden den Mut aufbringen müssen, bei diesem oder jenem Bildungsstoff die Dinge mit dem Namen zu nennen, der ihnen zukommt, nämlich dem eines wirtschaftlichen Notbehelfs. Es wird uns bei der Betrachtung wirtschaftlicher Zusammenhänge nicht die Idee autarkischer Selbstgenügsamkeit, sondern der Gedanke, eines der Kräfte aller Völker auslösenden Wirtschaftszusammenhangs leiten müssen. Immer wird es unser Bestreben sein, nicht die Dissonanz zwischen Deutschland und seinen Nachbarn, sondern die harmonische Zusammenarbeit zu erstreben. Die Drahtverhaue zwischen den Völkern gilt es niederzureißen, die Trennungsgräben zu zerfüllen. Das Gift, das von Wahnsinnigen und Verbrechern gebraut und dann stetig und planmäßig dem Herzog unserer Jugendlichen eingetrufelt wurde, gilt es zu paralisieren.

Die einmal angezündete Flamme der Völkervereinigung soll dem Pädagogen eine Leuchte seines erzieherischen Einflusses sein. Vielleicht haben dann in all dem Chaos, das die faschistischen Machthaber über die Menschheit gebracht haben, die Qualen und Leiden, Zerrissenheit und Verdrängungen an Sinn, nämlich den, unsere Jugend davon zu überzeugen, daß Militarismus und Völkerverhetzung eines Volkes Untergang sind, daß derjenige, der das Schwert nimmt, auch durchs Schwert unkommt. Das Verständnis der Menschlichkeit und Würde immer auf ein Volk zurückfallen wie der Bumerang den Schützen zerschmettert. Franz Möller.

Alter. Die Kinder werden im Geiste eines brüderlichen Liebe zu den anderen Völkern erzogen.

Der Umgang der Kinder mit der Natur, die Bekanntschaft mit ihrer Umgebung wird besonders gefördert. Fast bei jedem Kindergarten gibt es eine „Naturdecke“, die der Entwicklung der Beobachtungsgabe des Kindes dienen soll.

Als Erzieher arbeiten in den Kindergärten Pädagogen, die besonders ausgebildet sind. Mit dieser Arbeit befassen sich Hunderttausende von Pädagogen, fast ausschließlich Frauen.

Die Vorschulerziehung im Sowjetlande ist auf den besten Erziehungsergebnissen der modernen Wissenschaft aufgebaut. Die in Moskau bestehende Akademie der pädagogischen Wissenschaften widmet dieser Frage viel Aufmerksamkeit. Zu der Akademie der Wissenschaften gehört auch das Haus der künstlerischen Erziehung der Kinder, das bereits mit vielen wertvollen Ergebnissen aufgewartet hat. Außerdem werden auch im Institut für Körperkultur entsprechende Forschungen durchgeführt.

Eine besondere Aufmerksamkeit wird auf die Frage des Kinderplekzungs gerichtet. Daran arbeitet ein wissenschaftliches Forschungsinstitut.

Die Maßstäbe der Vorschulkindererziehung in der Sowjetunion werden in den nächsten Jahren entsprechend der Weiterentwicklung des gesamten Lebens des Landes unter den Bedingungen des Friedens noch gewaltiger werden. N. Winogradow

us können sowohl Erziehungsergebnisse wie Anzeichen körperlicher Krankheiten. Wollte man sie einfach „Charakterfehler“ nennen, so wäre die Lösung nur verschoben — denn auch das Gefüge unseres Charakters wird weitgehend von der „inneren Sekretion“ mit bestimmt.

Diese Tatsachen dürfen uns und vor allem den Lehrer nicht mutlos machen oder gar wieder in eine starre und fatalistisch übersteigerte Erzieher hineinreiben — wir wissen im Gegenteil, daß ästhetische Kunst erhebliche Umstimmungen zu erreichen vermag.

Wohl aber erwarten der Schule neue Aufgaben einer erweiterten Schulgesundheitspflege und geistigen Hygiene des Schulkinde.

Sie sind nur zu lösen über zwei Wege — nämlich erstens durch gründliche Vorbildung des Lehrers in der Biologie des menschlichen Körpers sowie in der Schulhygiene und Entwicklungspsychologie des Kindes, und zweitens durch enge Zusammenarbeit des Lehrers mit dem Arzt.

Die Vorbildung soll den Lehrer befähigen — nicht etwa selbst Krankheitsfälle zu entdecken, sondern zu wissen, wann Krankheitsfälle in das schulische Verhalten eines Kindes hineinfallen kann. Die Zusammenarbeit mit dem Arzt ist nicht einseitig; der Lehrer, welcher seine Schüler jahrelang beobachtet, vermag dem Arzt wertvolle Hinweise über Beginn und Verlauf von Störungen der geistigen und körperlichen Leistungsfähigkeit mitzuteilen.

Gewiß stellt die Notzeit diesen Plänen schwere Hindernisse entgegen, doch müssen wir uns bewußt bleiben, daß die objektive Feststellung der Leistungsfähigkeit und der Gründe ihres Versagens zu den grundlegenden Bedingungen für die Auswahl der Schülergruppen in den Zügen der Einheitschule gehört.

Professor Dr. R. Hinrichs.

Wer allen etwas vorgedacht, wird jahrelang erst ausgelacht! Begreift man die Entdeckung endlich, dann nennt sie jeder „selbstverständlich!“ (Ludwig Schleich)

